

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1889

27.03.1889 - Sitzung Nr.11

## № 11.

## Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 27. März 1889.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Bartels, A. H.	Junge, Joh. Herm.
Bulle, Prof. Dr. C. C. H. F.	Meyer, Bernh.
Feldmann, J. C. A. Dr.	Neukirch, J. W.
Gebhard, H., Stadtdirektor.	Segeisen, Joh.
Gronau, Hinr.	Stake, J. H.
Grote, Richter Dr. Joh. Herm.	Zahrt, L. G.

Nicht entschuldigt waren folgende Herren:

Abbehusen, A.	Brededorst, J. D.
Achelis, Fritz.	Debbe, C. W.
Achelis, Johs. Christ.	Flemming, Johs.
Bosse, Adolf.	Fritz, J. G.

Junke, Th., Richter Dr.
Hartmann, Carl
Hildebrand, H. F. C.
Hoffmann, Th. G.
Hurm, Dr. med.
Klinge, Ad.
Klüver, Hinr.
Kollra, F.
Kruse, J. H. Ph.
Lamcke, H. W.
Landwehr, H. W.
Leisewitz, L.
Loose, Bernh.

Müller, Heinr.
Otten, Herm.
Raben, Richter, Carl.
Rohr, J. F., Stadtdirektor.
Segnitz, Herm.
Solte, C.
Steinmeyer, H. W.
Surmann, Johs.
Ulrichs, Eduard.
Vagt, J. D. jr.
Weber, F. G.
Wieting, C. F. H.

## Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Mittheilung des Senats vom 19. März 1889:			IV. Mittheilung des Senats vom 12. März 1889:		
1. Nachbewilligung für die Gas- und Wasserwerke .		126	3. Brandlöschanstalten des Landgebiets.		
II. Mittheilung des Senats vom 5. Februar 1889 und Bericht der Kommission:					(N. z. Berh. gef.)
Budget für das Jahr 1889/90 . . . . .		126	V. Mittheilung des Senats vom 22. März 1889:		
III. Mittheilung des Senats vom 8. März 1889:			3. Doventhorsbegräbnisplatz.		
1. Jahresbericht des Fabrikinspektors.			4. Verfassung der Stadtgemeinde Begejad.		
		(N. z. Berh. gef.)			(N. z. Berh. gef.)

Herr H. Claussen präsidirte.

Eröffnung der Sitzung 6 $\frac{1}{4}$  Uhr.

Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt.

Eingegangen war noch eine Mittheilung des Senats vom 26. März, betreffend 1. Nachbewilligung für die Strafanstalt, 2. Arbeitshaus, 3. Budget des Schlachthofes für das Jahr 1889/90, sodann ein Schreiben an das Bürgeramt:

Bremen, den 25. März 1889.

Nachdem am 23. d. M. Herr J. M. Gildemeister zum Mitgliede des Senats ernannt worden ist und die an ihn ergangene Berufung angenommen hat, ist vom Senat die Zeit der Beeidigung und Einführung seines neuen Mitgliedes auf Freitag, den 29. d. M., Vormittags 11 Uhr angesetzt worden.

Demgemäß fordert der Senat das Bürgeramt auf, eine Versammlung der Bürgerschaft im Konventsaal der Börse gegen die gedachte Zeit zu veranstalten, damit alsdann der Erwählte von ihr nach der oberen Rathhauhalle geleitet, und daselbst in öffentlicher Versammlung des Senats und der Bürgerschaft zur Beeidigung und Einführung desselben geschritten werde.

Der Präsident des Senats.  
Lürman.

Nr. I der Tagesordnung:

### Mittheilung des Senats vom 19. März 1889:

Nachbewilligung für die Gas- und Wasserwerke.

Herr Helmken: Er möchte der Bürgerschaft empfehlen, diesen Antrag anzunehmen, wie er gestellt sei. Wie man sehe, werde die Einnahme dadurch viel größer, und die Hauptveranlassung sei ja durch den Freibezirk gegeben, wo der Gasanstalt die Röhrenlegung für Gas und Wasser übertragen sei, also große Ausgaben gemacht werden müssen, die aber wieder einkommen. Ebenso sei es mit der Mehrbewilligung für Gasmesser. Das sei ja eine so erfreuliche Mittheilung, daß wohl niemand etwas dagegen habe, da gerade in dem letzten halben Jahre der Gasverbrauch namentlich für Heizwecke so bedeutend zugenommen habe, daß die Zahl der Konsumenten von 300 im März 1888 jetzt auf 800 gestiegen sei. Das Publikum komme endlich dahinter, daß die Gasheizung eine vortheilhafte Anlage für jeden Haushalt sei. Man werde auch wohl gestern im Courier eine Aufstellung gelesen haben, die er veranlaßt habe, und aus welcher jeder sehen könne, daß Gas billiger sei als irgend ein Brennmaterial. Bis jetzt sei man immer der Meinung gewesen, Petroleum sei billiger, aber das Gas schlage alles andere, und er hoffe, daß es sich noch viel mehr einbürgere, die Leute müssen nur erst sich daran gewöhnen und die Aufkosten anwenden um sich diesen kleinen Apparat anzuschaffen, lohnen werde sich die Sache in einigen Jahren ganz sicher.

Der Antrag der Deputation wurde angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

### Mittheilung des Senats vom 5. Februar 1889 und Bericht der Kommission:

Budget für das Jahr 1889/90.

Senatskommissar: Herr Senator Dr. Gildemeister.

Herr Präsident: Die Verhandlungen werden wie bisher geführt, sodas Anträge, die sich nicht auf die Bewilligung direkt beziehen, für spätere Verhandlung zurückgestellt werden.

Ordentliche Einnahmen.

Pos. I, 5 a:

Bremerhaven.

Herr Boltjen: Die hier veranschlagten Einnahmen betragen nur 378 000 M., dagegen die Ausgaben 400 000 M. Nach dem Prospekt der Nordenhammer Gesellschaft wollen diese Leute einen so kolossalen Ueberschuß haben, während unsere Hafenanlagen nicht einmal soviel einbringen, daß die Unkosten gedeckt werden. Wir haben seit mehreren Jahren immer Deficit gehabt, jetzt ein solches von 122 700 M. Er wolle keinen Antrag stellen, sondern dies nur erwähnen, zumal unsere Anlagen, wenn er nicht irre, nach einer neulichen Notiz des Courier 23 000 000 M. gekostet haben. Wenn man davon 3 $\frac{1}{2}$  pSt. rechne, komme ein ungeheurer Zinsverlust heraus. Die Engländer müssen es doch viel besser verstehen als unsere Bremer. (Ruf: Die haben da Expedition!)

Zu Pos. II, 3

Erleuchtungssteuer

stellte Herr Modersohn den Antrag:

Die Bürgerschaft beauftragt die Steuerdeputation mit einem Bericht darüber, ob es sich empfiehlt, die Erleuchtungs- und Wassersteuer für Miethsäße von 200 M. und darunter entweder ganz aufzuheben oder dafür einen ermäßigten Steuersatz einzuführen.

Derselbe wurde zurückgestellt.

Herr Lonke beantragte,

nach 4. einzuschalten: Kanalsteuer, 43 000 M.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Zu Pos. 5:

Einkommensteuer

wurde der eingestellte Procentsatz und der Erlaß des Gesetzes, betreffend die Einkommensteuer, genehmigt.

Pos. 7:

Wirtschaftsabgabe.

Herr Sudbrink: Bei der Berathung des Budgets im vorigen Jahre sei von der Bürgerschaft der Antrag angenommen, das Generalsteueramt mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es nicht gefügt sei, die Wirtschaftsabgabe statt jährlich, halbjährlich einzukassiren. Er wolle nur daran erinnern, daß der Bericht bis jetzt nicht erfolgt sei.

## III. Indirekte Steuern.

Zu Pos. 12:

## Hunde

stellte Herr Roselius den Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, im Verordnungswege zu verfügen, daß in der Stadt und im Landgebiet größere Hunde im Freien mit einem Maulkorbe versehen sein müssen, oder andernfalls an einer Leine zu führen sind.

Derselbe wurde zurückgestellt.

## IV. Gebühren, Geldstrafen.

Pos. 5:

## Landherrnamt.

Herr Huchting: Er möchte den Senat an die seit 1878 noch rückständige Jagdordnung erinnern und beantrage, daß der Senat ersucht werde, die versprochene neue Jagdordnung endlich vorlegen zu wollen.

Der Antrag wurde angenommen.

## V. Vermischte Einnahmen.

Pos. 2:

## Schulgeld.

Herr Tiele stellte den Antrag:

Die Bürgerschaft beschließt die Niederlegung einer Deputation, welche darüber berathe und berichte, ob es sich empfiehlt, das Schulgeld in den Volksschulen aufzuheben oder doch allen Kindern, welche für die Freischule angemeldet werden, die Aufnahme ohne vorherige Prüfung der Erwerbsverhältnisse der Eltern zu gewähren, und ersucht den Senat, ihr hierin zuzustimmen.

Der Antrag wurde zurückgestellt.

## Ordentliche Ausgaben.

Pos. I, 1:

## Honorare des Senats.

Herr F. F. Wessels: Vor einer längeren Reihe von Jahren habe eine Deputation darüber berathen, ob die Organisation des Senats, wie sie noch bis heute bestehe, nicht einer Aenderung zu unterwerfen sei. Es scheine ihm nun längst der Zeitpunkt gekommen, zu überlegen, ob die heutige Organisation noch zeitgemäß sei und nicht eine Reihe Veränderungen geschaffen werden müssen, die für den Staat nützlicher seien als die jetzige Organisation. Es kommen verschiedene Sachen dabei in Frage, ganz besonders aber auch die Honorare des Senats, namentlich derjenigen Senatoren, die dem Stande der Juristen angehören. Er wolle hier beim Budget keinen Antrag auf Berathung dieser wichtigen Sache stellen, möchte aber die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, die Bürgerschaft darauf aufmerksam zu machen, und ihr die Frage zur Erwägung anheimzustellen,

ob nicht eine Aenderung in dieser Organisation zu schaffen sei, ob nicht eventuell auch die Gehalte der juristischen Senatoren zu erhöhen seien, ob nicht überhaupt eine Reihe von Arbeiten, die die Senatoren heute auszuführen haben, und die als rein mechanische zu charakterisiren seien, zu Nutz und Frommen der Thätigkeit der Senatoren Hilfsarbeitern übertragen werden können. Er gebe diese Erwägungen der Bürgerschaft anheim und zweifle nicht, daß daraus ein Antrag auf Berathung dieser Frage resultiren werde.

Herr Dr. Adami: Das sei dasselbe, was er bei Gelegenheit der Berathung über die Behörde für das Landschulwesen angedeutet habe. Zu dieser Behörde sei bekanntlich nur ein Mitglied des Senats kommittirt, und habe er dabei erwähnt, ob es nicht zweckmäßiger sei, in manchen Deputationen die Mitglieder des Senats zu reduciren, und mit einzelnen Arbeiten, wie Protokollführung, andere Beamten zu beauftragen.

Herr Wessels: Er möchte bemerken, daß wenn er von den juristisch gebildeten Senatoren gesprochen, er zugleich eigentlich diejenigen Senatoren überhaupt darunter eingeschlossen sehen möchte, denen nicht gestattet sei, eine Nebenbeschäftigung zu führen.

Pos. 2:

## Regierungskanzlei.

Herr Lonke: Daraufhin, daß diese Position übertragbar sei, glaube er, daß die Regierungskanzlei sich noch eine Ausgabe erlauben könne, ohne das Budget zu erhöhen, und beantrage er:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, einen Abdruck der Verfassung der freien Hansestadt Bremen und die auf dieselbe sich beziehenden jetzt geltenden Gesetze betreffend, veranlassen zu wollen, wobei sie den Wunsch ausspricht, daß den jetzigen und künftigen Mitgliedern der Bürgerschaft je ein Exemplar davon zugestellt werde.

Die letzte Publizirung sei im Jahre 1875 erfolgt und seitdem sei eine ganze Reihe von neuen Gesetzen erlassen, so daß ein neuer Abdruck gewiß sehr wünschenswerth sei.

Herr Roselius: Er wolle bei dieser Position nicht allein, sondern bei allen Positionen, wo es sich um sachliche Ausgaben handele, den Antrag stellen,

daß bei allen sachlichen Ausgaben für Gegenstände, die einen Werth von 200 M. und darüber haben, die Gegenstände speziell aufgeführt werden.

Er habe sehr häufig als Mitglied der Finanzdeputation in den Büchern gesehen, daß Gegenstände im Betrage von 300—500 M. unter sachlichen Ausgaben figuriren, von denen er wisse, daß wenn die Bürgerschaft diese Gegenstände erfahren hätte, sie dieselben nicht bewilligt haben würde.

Herr Präsident: Der Antrag scheine doch sehr weit zu greifen, so daß im Augenblicke nicht zu übersehen

sei, ob derselbe ohne Weiteres angenommen werden könne, ehe die Bürgerschaft eingehend darüber berathen habe. Er möchte bitten, den Antrag zur späteren Berathung schriftlich einzureichen.

Der Antrag wurde unterstützt.

Herr Dr. Adami: Er könne den Antrag des Herrn Vonke nur unterstützen. Durch solche neue Redaktionen erspare man viele Weitläufigkeiten und im Reiche sei man z. B. mit der Gewerbeordnung und dem Zolltarif auch so vorgegangen.

Herr Präsident: Herr Vonke habe noch hineingefügt, daß ein redigirter Abdruck gewünscht werde. Es sei zweifelhaft, ob das nicht bedeuten könne, daß ein veränderter Abdruck gewünscht werde.

Herr Richter Mohr: Es lasse sich schwer übersehen, ob nicht Aenderungen, auch nur in Wörtern, bei der Einschaltung der späteren Bestimmungen erforderlich seien. Er empfehle, den Senat zu ersuchen, eine neue Redaktion der Bürgerschaft vorzulegen.

Herr Dr. Jacobi: Veränderungen in den Paragraphenziffern werden wohl ohnehin unvermeidlich. Er empfehle die Annahme des Antrages in der von Herrn Richter Mohr vorgeschlagenen Weise.

Herr Präsident: Es zeige sich doch, daß diese Frage nicht ohne Weiteres entschieden werden könne, und er glaube, die Bürgerschaft werde gut thun, auch diesen Antrag zurückzustellen, um später mit voller Sachkenntniß darüber Beschluß fassen zu können.

Der Antrag des Herrn Vonke wurde zurückgestellt.

Zu Capitel II, Pos. 5:

Gerichtskasse

lag ein Antrag der Budgetkommission vor.

Herr Richter Stadtkländer: Der Antrag entspreche durchaus der Sachlage; er könne ihn nur befürworten.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

Pos. 9:

Gefangenhauß.

Herr Sanders: Ihm seien Klagen zu Ohren gekommen vor Seiten der Untersuchungsgefangenen. Die Behandlung der Untersuchungsgefangenen im Gefangenhause lasse viel zu wünschen übrig. Man sollte die Leute — er spreche allerdings von politischen Untersuchungsgefangenen — wenigstens in Räume hineinbringen, welche ihrer Gesundheit nicht schaden. Er habe gehört, daß ein Raum 9 Fuß hoch, 9 Fuß breit und 8 Fuß lang sei, und darin 2 Gefangene untergebracht werden. Ein solcher Raum genüge nicht. Die Gefangenen werden nur alle zwei Tage eine halbe Stunde an die frische Luft geführt. Es sei bei den Untersuchungsgefangenen noch nicht festgestellt, daß sie etwas Strafbares begangen haben. Die Untersuchungsgefangenen bekommen auch keine gute Kost, sie werden nur beköstigt mit Linsen, Bohnen,

überhaupt Hülsenfrüchten, auch gebe es wohl mal Reis, sie bekommen kein Fleisch, wohl Mehlsuppe. In dem Raum befinde sich ein Tisch, zwei Stühle und der Unrathseimer, durch letzteren aber werde die Luft so verpestet, daß die Gesundheit der Leute Schaden leiden müsse. Man werde nun sagen, das würde alles geändert werden, wenn das neue Gerichtsgebäude fertig sei. Aber man müsse doch solche Leute, welche wegen politischer Vergehen in Untersuchungshaft seien, so behandeln, daß ihre Gesundheit nicht geschädigt werde. Einer der Betreffenden habe ihm versichert, daß er sich, als er in Untersuchungshaft geführt werden sollte, gerne habe das Haar schneiden lassen wollen, das wäre ihm aber abgeschlagen, man hätte ihm gesagt, er könnte wohl so hingeführt werden, obwohl er das Geld dafür habe bezahlen wollen. Es handle sich darum, die Gesundheit der Leute, welche wegen politischer Vergehen in Untersuchung kommen, zu schützen, und er möchte bitten, daß die geschilderten Uebelstände beseitigt werden.

Pos. 10:

Strafanstalt.

Herr Joh. Meier: Er möchte hierbei einen Unfall zur Sprache bringen, der in Walle passiert sei, wobei der Apotheker Fahlbusch getödtet worden. Er glaube, hier hätte die Staatsanwaltschaft einschreiten müssen, und wenn das nicht geschehen, so sollte es noch nachgeholt werden. Es handle sich dabei um Tischlerarbeiten, welche von der Strafanstalt in Oslebshausen zu einem so niedrigen Preise geliefert worden seien, daß die freien Handwerker dadurch ruinirt werden müssen. Er sehe recht wohl ein, daß die Gefangenen beschäftigt werden müssen, es sollte aber nicht in der Weise geschehen, daß sie Handwerke lernen und dann den freien Handwerkern in ihr Geschäft pfuschen, indem sie Arbeiten liefern, die von außen ganz gut aussehnen mögen, die aber genau betrachtet, doch nicht taugen. Er möchte den Wunsch aussprechen, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen.

Herr Schäfer: Er sei Augenzeuge dieses Unglücksfalles gewesen und hätte geglaubt, daß etwas davon in die Presse gekommen wäre, er habe aber nichts davon gelesen. Von glaubhaften Leuten sei ihm gesagt worden, es wäre nicht der erste Fall, daß die von der Strafanstalt nach Bremen gelieferten Sachen so schlecht verladen worden, daß man sich habe in Acht nehmen müssen. Bei dem erwähnten Unglücksfalle habe er gerade aus dem Fenster gesehen und einen fürchterlichen Knall gehört, so daß er geglaubt habe, da der betreffende Mann mit explodierenden Sachen handle, es hätte eine Explosion stattgefunden. Das ganze Fuder von Gegenständen war vom Wagen gefallen, und der Mann war unglücklicherweise darunter gekommen. Ebenfogut hätte das auch Kindern passieren können, welche dort an der Waller Chaussee viel spielen. Es war in der Dämmerung, der Mann hatte die Sachen besehen wollen, da löste der Tischler ein Tau, die Sachen fielen herunter und auf den Fahlbusch. Die Leute wurden erst nicht einmal gewahr, daß jemand darunter lag, bis ein Arbeiter die Mütze entdeckte. Der Unglückliche war dann aber schon fast todt. Es hätte eine Untersuchung veranstaltet werden sollen.

Herr P. h. Meyer: Dieser Unglücksfall in Walle sei allerdings sehr bedauerlich, man könne aber keineswegs den Arbeitern der Strafanstalt daraus einen Vorwurf machen. Der Tisch der Keole war abgeladen und unglücklicherweise vom Wagen herunter gerutscht, in dem Augenblick, wo das Tau losgemacht worden. Es fiel auf den unglücklichen Fahlbusch. Es sei ein Unglücksfall, welcher bei jedem Handwerker vorkommen könnte. Die übrigen Klagen des Herrn Meier waren hier sehr schlecht verständlich. Redner möchte nur darauf hinweisen, daß von einer direkten Konkurrenz hiesiger Handwerker nicht die Rede sein könne. Die Strafanstalt übergebe ihre Fabrikate der Gewerbehalle gegen Provision zum Verkauf. In dem einzelnen Falle mit Fahlbusch lag die Sache so, daß dieser zur Strafanstalt gekommen sei, mit dem Ersuchen, es möchte ihm die Keole gemacht werden, weil er sie anderweitig in der gegebenen Zeit nicht gemacht bekommen könnte. Man habe ihm gesagt, sie sollte gemacht werden, zu welchem Preise könne man noch nicht sagen, es könnte 400 M. kosten, es könnte auch darüber bis zu 600 M. sein. Das Stück sei dann zu 465 M. geliefert worden. Wer immer von der Konkurrenz der Strafanstalt spreche, sollte sich einmal hinaus verfügen und die Kalkulationen ansehen. Für jeden Artikel, welcher angefertigt werde, werde genau der Preis kalkuliert; für den Mann berechne man 2 M. 50 S. Arbeitslohn per Tag, gewiß ein verhältnißmäßig hoher Lohn, weil die Leute zur Schule gehen und außerdem eine Freistunde haben zum Spazierengehen. Die Gefangenen müssen beschäftigt werden. Der Staat habe die Verpflichtung, diese Menschen arbeiten zu lassen, er habe aber auch das Recht, zu verlangen, daß sie arbeiten, denn er müsse sie ernähren. Wenn die Unglücklichen nicht arbeiteten, so würden sie verrückt werden, oder sie kämen wieder in die Welt hinaus, ohne einen Groschen in der Tasche. Von dem Verdienste der Arbeit, welche sie leisten, bekomme ein Theil der Staat, ein anderer Theil werde ihnen gutgeschrieben, so daß, wenn sie entlassen werden, sie einen Groschen in der Tasche haben und nicht vollständig mittellos die Anstalt verlassen. In derselben werde die Sache so genau und ängstlich betrieben, damit keine Konkurrenz des freien Handwerks stattfinden, so daß diese alljährlich wiederkehrenden Klagen über die Zuchthausarbeit in Bremen nicht zutreffen.

Herr Dr. Jacobi: Die letzten Ausführungen des Herrn Meyer, welcher wohl Rechnungsführer der Strafanstalt sei, nöthigten ihn doch, einige Worte zu erwidern. Er wisse nicht, ob die Bürgerschaft Neigung habe, in eine große Debatte über Strafanstaltsarbeiten einzutreten. Er glaube das nicht, und wolle zunächst nur konstatiren, daß der Fall, von welchem Herr Joh. Meier ausgegangen, der Gewerbeammer zur amtlichen Kognition gekommen sei, auf eine Beschwerde, welche in der Versammlung des Gewerbekonvents im November vorigen Jahres erhoben wurde. Die Gewerbeammer habe die Sache in Erwägung gezogen und es habe sich ergeben, daß dieselbe nicht so harmlos sei, wie Herr Meyer sie dargestellt habe. Von dem betreffenden Fahlbusch war eine Keole bestellt, erst bei einem Tischlermeister. Dieser habe eine Zeichnung dafür geliefert und allerdings einen Preis gefordert, welcher ungefähr

400 M. größer war, als der Preis, den die Strafanstalt genommen habe. Dieselbe habe die Arbeit anscheinend unter Benutzung der Zeichnung des Tischlers geliefert. Er könne freilich nicht untersuchen, ob sie vielleicht einfacher hergestellt war, so daß ein geringerer Preis gerechtfertigt erschien. In den Kreisen der Handwerker sei man allerdings der Meinung, daß ihnen von Seiten der Strafanstalt auf gewissen Gebieten eine erhebliche Konkurrenz gemacht werde. Die Gewerbeammer habe dann diesen Fall, welcher, wie gesagt, der Gewerbeammer vorgebracht wurde, zum Gegenstand einer Eingabe an den hohen Senat gemacht, welche vor etwa 8 Tagen dem Senat eingereicht sei. In dieser Eingabe werde die Frage eingehend behandelt. Im Uebrigen sei er der Meinung, daß die Bürgerschaft sich nicht durch eine so einseitige Darstellung, wie sie Herr Meyer gegeben, kaptivieren lassen und die Sache so harmlos ansehen sollte, wie sie hier dargestellt worden sei. Sie liege nicht so harmlos. Nach den Ermittlungen, welche die Gewerbeammer angestellt, werden in den Strafanstalten — er rede nicht nur von der Strafanstalt zu Oslebshausen, sondern von den Strafanstalten überhaupt — viel weniger solide, reelle und brauchbare Arbeiten geliefert, als von gelernten Handwerkern. Es sei das auch natürlich. Man könne die Leute, welche in Strafanstalten Tischlerarbeiten, Buchbinderarbeiten — namentlich letztere werden angeblich in Oslebshausen viel gemacht — nicht in 6 Wochen so dressiren wie gelernte Handwerker. Von seinem Nachbar werde eben die Einwendung erhoben, es wären gelernte Leute dort. Einzelne mögen darunter sein, die meisten seien keine Handwerker. Das Publikum, welches bei Strafanstalten bestelle und kaufe, kaufe meist immer schlecht, wenn auch billiger.

Herr P. h. Meyer: Er freue sich, daß Herr Dr. Jacobi die letzte Bemerkung in Beziehung auf die Strafanstalten im allgemeinen gemacht habe, denn in Oslebshausen sei leider Gottes immer ein großer Vorrath von Handwerkern vorhanden. Er wolle nicht die Arbeiten in den Strafanstalten verteidigen und gut machen; aber ebenso haltlos wie diese letzte Bemerkung des Herrn Dr. Jacobi in Bezug auf die Oslebshäuser Strafanstalt sei, sei die Schilderung desselben, daß Redner die Sache zu harmlos vorgebracht; er habe sie vorgebracht, wie sie liege, und wenn der Herr Präsident gestatte, so wolle er ein Schreiben des Herrn Direktor Schnepel an Herrn Dr. Feldmann in dieser Sache verlesen. Dasselbe laute:

Oslebshausen, den 5. December 1888.

An den Präses der Gewerbeammer  
Herrn Dr. A. Feldmann

Bremen.

In Erwiderung auf das gefl. Schreiben vom 4. d. M. S. Nr. 1833/88) mache ich die ergebene Mittheilung, daß H. Fahlbusch in Walle hier zwar eine Keole und einen Treben in Auftrag gegeben, daß beide Gegenstände aber bisher nicht fertig gestellt und der Preis noch nicht kalkulirt ist. Gesagt ist dem Herrn auf seinen Wunsch über die Höhe des Preises nur, daß sich dieser vor der

Fertigstellung nicht genau angeben lasse, es könnten *№. 400 bis №. 425* und mehr sein.

Sie sehen hieraus, verehrter Herr Doktor, wie grundlos die Beschwerde ist. Ich erkläre mich wiederholt bereit, Ihnen eine Kalkulation über hier angefertigte Arbeiten zu übersenden, auf Wunsch eine solche auch öffentlich zu publiziren, damit sämtliche Handwerksmeister, aber auch das Publikum sich davon Ueberzeugung verschaffen kann, daß die gegen die Arbeiten in den Strafanstalten erhobenen Klagen die hiesige Anstalt nicht treffen können.

Hochachtungsvoll und ergebenst  
(gez.) Schnepel.

Er habe hier ferner noch einen Brief desselben Inhalts, welchen der Direktor an den Vorsitz der Gewerbe- und Industrievereins, Herrn Hauschild, geschrieben habe. Es heiße darin außerdem nur noch

„daß wir bereits seit längerer Zeit, seit März 1885 unsere wenigen Fabrikate ausschließlich der Gewerbehalle in Bremen überweisen, welche dieselben laut kontraktlicher Abmachung gegen Vergütung von Prozenten verkauft.

Wird nun nebenbei mal hier oder da ein Stück für jemand gefertigt, so kann das doch unmöglich als Konkurrenz anzusehen sein“.

Herr Lund: Er könne sich nicht ganz dem anschließen, was Herr Dr. Jacobi darüber gesagt habe, daß die Arbeiten in der Strafanstalt verschleudert und so außerordentlich billig hergestellt würden. Er sei auf Veranlassung des Herrn Konful. Strube nach Oslebshausen gegangen und habe sich die Sachen, welche fertig waren, angesehen. Dieselben waren theilweise ganz gut gearbeitet, nach den Verhältnissen wie dort gearbeitet werden könne, sie haben auch ganz gute Preise; wenn er sie dafür machen solle, so würde er sich dabei, wenn die Leute nichts Besseres verlangen, ganz gut stehen. Was sollen die Gefangenen anfangen? Wollte man sie als gewöhnliche Handarbeiter beschäftigen, so würden sie wieder den Arbeitern in der Umgegend Konkurrenz machen, und diese würden sich beklagen. Wollte man sie zum Guten anhalten, so müsse man sie beschäftigen. (Sehr richtig!) Er finde nicht, daß die Arbeiten in Oslebshausen verschleudert würden, man könne mit den Preisen ganz gut aus. (Bravo!)

Herr Kupsch: Die Klagen über die Konkurrenz der Zuchthausarbeiten haben ja gewiß ihre Berechtigung, die Mittel aber, welche vorgeschlagen und versucht worden seien, um diese Konkurrenz zu beseitigen, haben bisher keinen Erfolg gehabt, aus dem einfachen Grunde, weil, wie Herr Meyer schon gesagt habe, die Leute beschäftigt werden müssen. Das einzige Mittel, um die Konkurrenz zu mildern, sei die Reduktion der Zahl der Züchtlinge, und dafür gebe es wieder nur ein probates Mittel, das sei der Stock. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Er meine, die Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung in unsere humane, oder man könne vielleicht besser sagen, laze Gesetzgebung bei einer Reihe der gemeinsten, infamsten Verbrechen, von welchen die Zeitungen fast täglich

erzählen, — noch gestern sei ein solcher Fall mitgetheilt worden, — wenn es sich z. B. um die bestialische Behandlung schwächlicher, hilfloser Menschen, Frauen und Kinder, um Verbrechen gegen das Leben und die Gesundheit handle, sollte ernstlich in Erwägung gezogen werden. Jeden Morgen und Abend eine tüchtige Tracht Prügel, und er sei überzeugt, die Zahl der Züchtlinge würde bald auf die Hälfte reduziert werden. (Sehr richtig!) Er nehme diese Gelegenheit wahr, diesen reaktionären Gedanken der Wiedereinführung der Prügelstrafe in unser Strafgesetz hier öffentlich auszusprechen, wenn er auch als ein Reaktionär des finsternen Mittelalters verschrien werde. Er wisse, die Meisten stimmen ihm im Herzen zu, (Widerspruch), wenigstens die meisten derjenigen, deren Urtheil nicht durch Prinzipienreiterei und Phrasenthum getrübt sei. Frage man einmal den gemeinen Mann — er begreife nicht, auf welche Grundsätze unser Strafgesetz aufgebaut sei, und das Schlimmste dabei sei, daß es seinen Begriff von Recht und Unrecht verwirren müsse, wenn er gezwungen werde, solche Bestien in Menschengestalt in unseren Zuchthäusern oder vielmehr Zuchtpalästen zu ernähren. Er wisse, daß wir nichts ändern können an dem Strafgesetz, er halte es aber für Pflicht, in allen Volksvertretungen auf die Mängel desselben hinzuweisen, damit Wandel geschafft und, er möchte sagen, mit diesem Humanitätsschwindel gebrochen werde. (Sehr richtig!)

Herr Dr. Jacobi: Vieles von dem, was Herr Kupsch gesagt habe, stimme mit seiner Ueberzeugung überein. Er verkenne nicht die Berechtigung der humanitären Rücksichten, wovon Herr Meyer gesprochen habe, glaube aber andererseits, daß damit viel zu weit gegangen werde. Herr Meyer habe zwei Briefe verlesen, einen an den Präses der Gewerbekammer. Wenn Redner gewußt hätte, daß die Sache hier zur Sprache kommen würde, so hätte er auch das gesammelte Material mitgebracht. Er hätte die ganzen protokollarischen Aussagen der betreffenden Handwerker vorlesen können, dadurch würden diese Briefe erst in das rechte Licht gestellt werden; an sich sei die Antwort des Direktor Schnepel keine Widerlegung. Er möchte bitten, auf Eines Rücksicht zu nehmen. Es werde gesagt, die Züchtlinge müßten beschäftigt werden. Das gebe er vollständig zu. Es sei Pflicht, diese verkommenen Subjekte für die Zukunft zu bessern, zu erziehen und an Arbeit zu gewöhnen. Es habe aber eine gewisse Grenze. Wenn man sage, es könne dem Staat gleichgültig sein, ob den Handwerkern Konkurrenz gemacht werde; wie weit diese geschädigt würden durch die Zuchthausarbeiten, gehe den Staat nichts an, so sei zu viel gesagt. (Herr Ph. Meyer: Das hat kein Mensch gesagt!) Es liege so in den Worten des Herrn Borredners, daß man diese Konsequenz daraus ziehe. Das freie Handwerk habe bei der gegenwärtigen Entwicklung der ganzen gewerblichen Verhältnisse einen schweren Stand. Es stehe nicht nur im Kampf mit dem Großkapital, es werde ihm nicht nur von der Großindustrie eine ungeheuere Konkurrenz gemacht, gegen welche es sich wehren müsse, es werde ihm weiter durch die neuere Gesetzgebung, durch die großen sozialen Gesetze der Krankenversicherung und Unfallversicherung, eine Menge Lasten aufgebürdet. Dem gegenüber seien die

Arbeiter in den Strafanstalten, welche gewissermaßen als Staatsfabriken bezeichnet werden können, — denn sie werden aus Staatsmitteln erhalten, sie arbeiten ohne eigenes Risiko, wenn eine Differenz entstehe, so müsse der Staat mit seinen Mitteln einspringen, — in einer geschützten Stellung, und die steuerzahlenden Handwerker seien ihnen gegenüber in einer schlechten Lage. Er hoffe, daß der Senat die Eingabe der Gewerkekammer objektiv prüfen und dem Gewicht der Gründe, die in der Eingabe angeführt seien, beitreten, sich aber nicht beirren lassen werde durch manche scheinbar schillernde Ausführungen in der Bürgerschaft, welche thatsächlich der Begründung entbehren. (Bravo!)

Es wurde Schluß beantragt.

Herr Dr. Adami: Er wolle der Bürgerschaft nur berichten, daß seines Wissens seit längerer Zeit im Reichsjustizamt ein eingehender Gesetzentwurf über die Zuchthausarbeiten vorbereitet werde. Er möchte empfehlen, daß wir uns nicht zu sehr ereifern. Bei dem großen Eifer des Reichsjustizamts und der außerordentlichen Thätigkeit desselben werde die Frage wahrscheinlich bald erledigt werden.

Die Herren Henze und J. Meier erklärten sich gegen den Schluß.

Der Schluß wurde angenommen.

Zu

### III. Polizei.

#### 1. Allgemeine Ausrüstungskosten,

lag ein Antrag der Budgetkommission vor.

Herr Ph. Ed. Meyer: Es sei vor einiger Zeit von Herrn Weißbarth die Verdächtigung ausgesprochen, daß diese Sachen schlecht geliefert würden, und da hierin eine Verdächtigung sowohl des Lieferanten wie der Behörden liege und unter seiner Rechnungsführung der jetzige Lieferant die Lieferung bekommen habe, halte er sich für verpflichtet, hierauf mit einigen Worten zurückzukommen. Herr Weißbarth habe zunächst behauptet, die Stiefel wären schlecht. Nun bekommen sämtliche Schutzleute die Stiefel in Geld vergütet, Stiefel bekommen nur die Landjäger, welche auch alle 4 Jahre ein Paar Wasserstiefel bekommen. Schon vor längerer Zeit sei beim Oberwachtmeister Düssel angefragt, ob er nicht statt der Naturallieferung eine Geldvergütung haben wollte, er habe es aber abgelehnt, und hierin liege gewiß der beste Beweis, daß die Stiefel nichts zu wünschen übrig lassen. Was die Ausrüstung anbelange, so bekomme ein Schutzmann eine Weste, einen Rock, einen Regenrock und Mantel und, um letzteren nicht zu schwer zu machen, eine gestrickte wollene Weste für sehr kalte Tage, und nach seiner Meinung sei dies eine Ausrüstung, wie sie die Schutzleute im ganzen deutschen Reich nicht besser bekommen werden. Es sei noch nie Klage über die Lieferungen eingelaufen, früher bevor Hering die Lieferungen hatte, waren die Klagen fortwährend, und auf besonderem Wunsch der Polizeidirektion und Redners Veranlassung mit, habe Hering die Lieferung bekommen, und seitdem seien die Klagen gänzlich verstummt. Wenn die Lieferung gemacht werde, müsse der

Schneidermeister Wessels das Zeug untersuchen, dann werde es angefertigt und nochmals mit der Probe verglichen und dann für die Landjäger an Düssel abgeliefert und für die Schutzleute an die Polizei, und wenn diese den richtigen Empfang bescheinigt habe, bekomme der Lieferant sein Geld. Nun sei ihm ganz unklar gewesen, wie diese Klage sich wohl begründen könnte, denn wenn die Schutzleute Ursache gehabt hätten, sich zu beklagen, wäre der vorgeschriebene Weg gewesen, sich an die vorgesetzte Behörde zu wenden, und die würde das Nähere veranlassen haben. Da ihn die Sache doch sehr interessire, habe er sich mehrmals darnach erkundigt und von Hering folgenden Brief erhalten:

Bremen, 28. Januar 1889.

Geehrter Herr Meyer!

Vor ca. 10 Tagen hat das Bürgerschaftsmitglied Weißbarth hiesige Beamte aufgesucht, um Anfragen über die Beschaffenheit u. der ihnen gelieferten Dienstkleidung zu stellen. Als er den betreffenden Beamten, auf den er es abgesehen zu haben scheint, nicht antraf, hat er den Grund seiner Nachfrage nach diesem Beamten den anderen anwesenden Kollegen desselben mitgeteilt und diese gefragt, ob sie mit den ihnen gelieferten Uniformgegenständen und Stiefeln zufrieden seien. Diese haben ihm geantwortet, sie hätten durchaus keinen Grund zu Ausstellungen oder Klagen irgend welcher Art, seien vielmehr mit den ihnen gelieferten Sachen vollständig zufrieden, was sie ihm durch Vorstellung der betreffenden Sachen deutlich machten. Als der p. Weißbarth sich hierbei noch nicht beruhigen konnte, sondern dem einen Beamten sagte, derselbe habe ihm doch vor Jahren auch geklagt, daß Stiefel nicht gut geliefert würden, verlangte der betreffende höhere Beamte, Weißbarth möge sofort diese Aeußerung zurücknehmen, da dieselbe unwahr, mindestens aber irrig sei; zugleich empfahl er dem Weißbarth, schleunigst das Dienstlokal zu verlassen.

Die betreffenden Beamten haben mich gebeten, ihren Namen nicht zu nennen, sind aber jederzeit bereit, mit ihrem Namen für die Wahrheit ihrer Angaben einzutreten. Daß ein solches Vorgehen eines Bürgerschaftsmitgliedes leicht Unzufriedene herausfordert, ist sehr leicht erklärlich. Das Urtheil hierüber will ich jedem billig denkenden Menschen überlassen.

Hochachtungsvoll

A. W. Hering.

Die Schutzleute seien zufrieden, und da habe er garnicht gewußt, welchen Grund Herr Weißbarth wohl haben könnte, sich hier in öffentlicher Bürgerschaftssitzung der Schutzleute anzunehmen, und auf seine Anfrage bei Hering habe er folgenden Brief erhalten:

Bremen, 20. December 1888.

Sehr geehrter Herr Meyer!

Ich beehre mich, Ihnen ergebenst mitzutheilen, daß der Schneider Weißbarth im Jahre 1879 als Westenschneider bei mir gearbeitet hat, wegen nicht genügend guter Arbeit jedoch von mir entlassen worden ist.

Dieses habe ich auf Grund meiner Bücher festgestellt.

Späterhin hat sich Weißbarth wieder als Arbeiter bei mir angeboten und zwar mit dem Bemerkten, er würde auch gern auf Schutzmannsachen arbeiten. Da meinem Zuschneider Sudbring jedoch von früher bekannt war, daß der p. Weißbarth keine genügend gute Arbeit liefert, so hat er denselben einfach zurückgewiesen.

Hochachtungsvoll

A. W. Hering.

Er müsse nun jedem Bürgerchaftsmitgliede überlassen, eine solche Handlungsweise zu beurtheilen, hinter den Beamten herzulaufen um möglichst Unzufriedenheit hervorzurufen, wenn man selbst bei dem betr. Lieferanten gearbeitet habe und wegen schlechter Arbeit entlassen sei. (Bravo!)

Herr Weißbarth: Die Gehässigkeit des Hering müsse er bedauern. Er habe wohl derzeit bei Hering gearbeitet, sei aber nicht wegen schlechter Arbeit entlassen, sondern wegen schlechter Arbeitsbezahlung ausgetreten. (Hört! Hört!) Und die Klagen, die er damals vorgebracht habe, seien noch nicht verstummt. Herr Meyer sage, die Sachen werden untersucht, das sei nicht richtig, es werden nur kleine Proben untersucht, nicht die Stücke Tuch, die ersten Stücke werden untersucht, die andern nicht. Er sei selbst langjähriger Lieferant gewesen, er kenne die Sachen besser als Herr Meyer und auch als Wessels. Was die Stiefel betreffe, so habe es ihm der Oberwachmeister selbst geklagt, schon seit Jahren. Es seien keine richtigen Mäntel, sie seien zu leicht.

Herr Huchting: Als Herr Weißbarth die Klagen vorbrachte, habe er ebenfalls geäußert, daß er das bestätigen könnte. Er habe sich nachher aber informirt, und es sei ihm von den Beamten, hauptsächlich dem Landjägercorps, gesagt, daß in früheren Jahren die Sachen schlecht gewesen wären, jetzt wären sie aber gut.

Herr Bredenkamp: Es sei übersehen, die Uniformirung des Polizeiinspektors und der neuen Distriktkommisare einzustellen, die von Senat und Bürgerchaft beschlossen sei.

Herr Lonke: Er könne mittheilen, daß der Polizeiinspektor wenigstens die Uniform trage, und daß auch nach Rücksprache mit Herrn Senator Schulz und Herrn Volkmann eine Nachbewilligung kommen werde. Die Bewilligung falle eigentlich unter das vorige Jahr.

Herr Bredenkamp: Es werden nur 7250 M. für die Schutzleute eingestellt, dieser Betrag müßte doch mit eingestelt werden.

Herr Joh. Meier: Er könne nur konstatiren, daß ihm die Antwort geworden sei, daß Herr Weißbarth doch theilweise Recht gehabt habe. Wenn die Sache sich jetzt gebessert habe, so habe die Erörterung in der Bürgerchaft doch Nutzen gehabt.

Herr Wessels: Er sei der Meinung, daß Herr Lonke Recht habe. Die Anschaffung der Uniformen gehöre in das

laufende Budgetjahr, und wenn die Polizeidirektion mit ihren Fonds für das laufende Jahr nicht auskomme, müsse sie um Nachbewilligung nachsuchen.

Der Antrag der Budgetkommission wurde angenommen.

Pos. 2:

Gesundheitspflege.

Herr Huchting: Am 22. Februar 1888 habe in Folge eines Kommissionsbeschlusses die Bürgerchaft beschlossen:

„Auch nach erneuter Berathung hält die Bürgerchaft die Zulassung einer Apotheke in Oberneuland für wünschenswerth. Sie ist der Ansicht, daß eine Apotheke dort recht wohl bestehen könnte u.“

Auf diesen Beschluß habe der Senat noch keine Rückäußerung gegeben. Er möchte beantragen,

den Senat daran zu erinnern.

Seine Heimathsgemeinde sei der Bürgerchaft sehr dankbar, daß sie drei- und viermal für die Einrichtung einer Apotheke in Oberneuland eingetreten sei. Er habe Gelegenheit gehabt, noch vor vier Wochen von einem Eigenthümer, der für die Sommermonate vermietthen wollte, zu hören, daß die Frage des Miethers war: Ist ein Arzt und eine Apotheke hier? Der Betreffende habe darauf antworten können: Ja, ein Arzt ist hier, auch eine Krankenpflegerin vom rothen Kreuz, eine Apotheke leider noch nicht. Der Miether habe aus diesem Grunde nicht gemietthet.

Der Antrag des Herrn Huchting wurde angenommen.

Pos. 5:

Polizeidirektion.

Herr C. W. Schäfer stellte den Antrag, da durch die Steuern u. jetzt alles theurer sei,

den Schutzmannern einen Wohnungszuschuß von 100—150 M. zu gewähren.

Herr E. Sanders: Er benutze diese Gelegenheit, ein paar Vorkommnisse des vorigen Jahres in Besprechung zu ziehen. Das eine betreffe das Verbot der Volkszeitung. Nachdem die Betreffenden die Beschwerdeinstanz beschritten, sei allerdings das Verbot als unbegründet von der höchsten Behörde zurückgewiesen worden. Er möchte bitten, daß doch so etwas nicht wieder vorkomme, wenigstens nicht so leicht, daß man in der Handhabung des Gesetzes vorsichtiger sei, denn durch solche Vorkommnisse werden die Leute in ihrer Existenz geschädigt. Diese Zeitung hätte allerdings weiter erscheinen können, aber die Leute waren einmal in ihrem Verdienst geschädigt und fürchteten sich vielleicht, wieder geschädigt zu werden. Er habe die betreffende Nummer gelesen, um zu sehen, ob Staatsgefährliches — auf Grund des Socialistengesetzes sei ja das Verbot erfolgt — darin sei, er habe nur gefunden, daß die Zeitung im Ganzen die Arbeiterinteressen vertreten habe. Er möchte auch bitten, daß die Polizeidirektion etwas erlaube, was die Vertretung der Arbeiter bilde. Wir haben ja nichts, was die Arbeiter ver-

trete. Wir bewilligen ja im Budget Positionen für die Handels- und die Gewerbekammer, und es sei schon der Antrag gestellt, auch eine Arbeiterkammer zu errichten. Der zweite Punkt betreffe die Ausweisung des Redakteurs der Volkszeitung Bruhns, die ja auch zurückgenommen sei, weil der betreffende Paragraph der Landesgesetze nur bei Personen zutrefte, die wirklich Vagabonden und Verbrecher seien, aber nicht bei Leuten, die ihre Ideen vertreten. Er bitte, doch etwas Wandel zu schaffen. Man sollte auch den Arbeitern vergönnen, ihre Ansichten klar zu legen, sie haben ja dasselbe Interesse, daß Handel und Gewerbe blühe, aber er möchte auch die Herren bitten, wo die Arbeiter für deren Interesse mit sorgen, daß sie auch den Arbeitern gönnen, daß sie ihre Interessen schützen, denn dadurch, daß man die Arbeiter auf eine höhere Stufe heben wolle, werde die Gesellschaft nicht ruiniert. Die betreffenden Artikel werden auch niemals Zwietracht zwischen Klassen der Bevölkerung gefät haben, sondern nur Aufklärung in den Schichten der arbeitenden Klassen verbreitet, welche dem Arbeiterstande noch sehr fehle. Wir können doch nicht sagen, wir wollen bei den heutigen Grundstätzen fortwährend stehen bleiben, wir seien aus der Leibeigenschaft herausgekommen und haben verschiedene Wandlungen durchgemacht. Wenn man nun darnach strebe, vernünftiger und bessere Einrichtungen zu schaffen, so werden die betreffenden Umstürzler genannt. Das sei nicht der Fall, man wolle bewirken, daß es jedem Menschen wohlgehe, und wenn man diese Anträge annehme, bereite man mit vor, daß der Arbeiterstand sich ruhig und vernünftig weiter entwickle.

Herr Joh. Meier: In den letzten Jahren seien durch herrschaftliche Wagen bedeutende Unglücksfälle verursacht. Er möchte daher den Wunsch aussprechen, daß dieselben mit Abzeichen versehen werden. Ferner möchte er den Wunsch aussprechen, daß die mit Gummireifen versehenen Wagen ein hörbares Geläute erhalten.

Herr Ph. E. Meyer: Er bitte den Antrag des Herrn Schäfer abzulehnen. Solche Anträge müssen von der Behörde gestellt werden, denn diese allein könne beurtheilen, ob dies Gehalt, welches ja mit Pensionsberechtigung verbunden sei, im Vergleich zu anderen Städten angemessen sei oder nicht.

Der Antrag des Herrn Schäfer wurde abgelehnt, derjenige der Budgetkommission wurde angenommen.

Pos. 6:

#### Gassenreinigung.

Herr J. Meier: Bei den verschiedenen Klagen über den Gassenreinigungspächter könne man froh sein, daß die Pacht in einigen Jahren ablaufe. Er glaube, man werde demnächst mehrere Pächter nehmen müssen. In der westlichen Vorstadt sehe man nie, daß die Uebergänge gefegt würden. Er habe dies schon neulich gesagt, es sei aber nicht mit in den stenographischen Bericht gekommen. Dann möchte er wiederholt den Wunsch aussprechen, daß das Eis an den Freibrunnen nicht aufgestapelt, sondern entfernt werde. Er meine, daß der Gassenreinigungspächter dies, sowie das Bestreuen der Brücken mit Sand und Asche ganz gut ausführen könne, denn er stelle manchmal

im Sommer Lustfuhrwerke für Personen, die ganz gut bezahlen können.

Pos. 7:

#### Feuerwehr.

Herr Stichnath stellte den Antrag, die Prämie für Anmeldung eines Schadenfeuers von 3 M. auf 1 M. 50 S herabzusetzen.

Der Antrag wurde zurückgestellt.

Zu Capitel IV, Pos. 3:

#### Zinsen der Staatsschuld

wurde der bezüglichliche Antrag der Budgetkommission angenommen.

Pos. 7:

#### Zollverwaltung.

Herr Helmken: Er meine, daß hierzu ein Antrag gestellt sei, das Gehalt der Boten der Zollverwaltung zu erhöhen. Er möchte an die Genehmigung dieses Antrages die Bedingung knüpfen, daß man es den Boten der Bauverwaltung und anderer Verwaltungen frei stelle, in diese besser bezahlten Stellen einzurücken, da er glaube, daß deren Arbeit ebenso groß sei, wie die der Boten der Zollverwaltung. Wenn man diese mit einer Erhöhung herausgreife, so sollte man den gleichen Beamten anderer Verwaltungen wenigstens die bezeichnete Vergünstigung gewähren.

Herr Senator Dr. Gildemeister: Der Etat der Zollverwaltung beruhe bekanntlich im Wesentlichen auf einem Beschluß des Bundesraths, der ja für unsere Beamten dieselben Gehaltsätze wie für Hamburg bewilligt habe. Nur das Personal der Oberzolldirektion, welches wir aus eigenen Mitteln zu bezahlen haben, unterlag nicht der Beschlußfassung des Bundesraths. Es liege auf der Hand, daß es eine Incongruität sein würde, wenn für die Beamten der Zollverwaltung andere Normen gelten sollten, als für die der Oberzolldirektion. Er glaube kaum, daß er der Bürgerschaft auseinanderzusetzen brauche, welcher Uebelstand das für diesen so außerordentlich wichtigen Verwaltungszweig sein würde. Der Oberzolldirektor muß nothwendig seinem Personal dieselben Bedingungen bieten können, wie die Zollverwaltung, umso mehr als bei der Oberzolldirektion die Avancementsverhältnisse minder günstig seien. Er möchte bitten, bei dieser Gelegenheit nicht etwa auch sonstige Beamtenwünsche zur Geltung zu bringen, da die ganze Zollverwaltung in unserem Staate gewissermaßen ein Staat im Staate sei, und die Bedeutung dieser Verwaltung, die Tüchtigkeit der Beamten und der Geschäftsführung von einer ganz überwiegenden Bedeutung für unsere Verpflichtungen dem Reiche gegenüber und für unsere eigenen Lebensinteressen sei. Er gebe anheim, Bedenken, die vielleicht gegen einen oder den anderen Punkt erhoben werden können, zu unterdrücken und den vorgelegten Etat, welcher sehr sorgfältig von den betreffenden Behörden erwogen sei, welcher auch der Budgetkommission vorgelegen habe, im Ganzen so zu genehmigen, wie er vorgelegt sei.

Herr Helmken: Mit Bedauern ziehe er seinen Antrag zurück, weil wir wiederum fremde Beamten, welche in unsern Dienst treten, besser bezahlen als unsere eigenen.

Es wurde Schluß beantragt.

Herr Joh. Meier erklärte sich gegen den Schluß.

Der Schluß wurde beliebt.

Kap. V, Pos. 1:

#### Hauptschule.

Herr Gruner: Wie bei Gelegenheit des betreffenden Nachbewilligungsantrags schon mitgetheilt, habe die Zahl der Schüler im letzten Jahre um ca. 50 abgenommen, das Schulgeld reducire sich danach um 5000 *M.*, und er beantrage in Folge dessen den Zuschuß des Staats um 5000 *M.* zu erhöhen. Bei Aufstellung des Budgets war dieser Umstand der Deputation noch nicht bekannt.

Herr Ordemann: In Verbindung mit den Herren Scriba, Wurtmann, Schäfer, Otten, Bergfeld u. a. stelle er folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation und die Behörde für das Landschulwesen mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es nicht empfehlenswerth sei, für sämtliche bremische Schulen die revidierte Schulbibel anzuschaffen.

Der Antrag wurde zurückgestellt.

Herr Tideman: Er möchte sich erlauben, bei dieser Gelegenheit die schlechte Luft in der Hauptschule zur Sprache zu bringen. Es sei wirklich an der Zeit, daß Wandel geschafft werde. Der Uebelstand werde durch die äußerst mangelhafte Heizung hervorgerufen und sei unerträglich, sodas die Kinder außerordentlich darunter leiden. Er beantrage, den Senat um einen Bericht der Schuldeputation zu ersuchen, wie den vorhandenen Uebelständen abzuwehren sei.

Wir können uns auf die Dauer einer gründlichen Aenderung nicht entziehen. Aus Erfahrung an seinen eigenen Kindern wisse er, daß Uebelstände vorhanden seien.

Herr Papendieck: Er habe sich zum Wort gemeldet, um über denselben Gegenstand ein Wort zu sagen. Die Heizungsverhältnisse in der Hauptschule seien so schlecht und miserabler Art, daß er glaube, daß darauf der Rückgang der Schülerzahl zu schieben sei. Die Eltern können es eigentlich nicht verantworten, ihre Kinder in diese Schule zu schicken. Die Knaben müssen bei einer Hitze von 18—19° in der Klasse sitzen, und dabei sei die Luft angefüllt mit schwarzen Staubpartikeln, sodas, wenn man Watte auf die Röhren der Heizung lege, dieselbe sich schwarz färbe. Nun sei der Uebelstand so groß geworden — alle Klagen, welche hier in der Bürgerschaft an das Schorlachath und die Schuldeputation gerichtet worden, seien einfach nicht berücksichtigt — daß einige Väter sich zusammen gethan haben und an Professor Fischer in Hannover, welcher einen Namen für Heizungs- und Ventilationsanlagen habe, mit der Bitte sich gewandt haben, er möge den Zustand der Heizung der Hauptschule einer sachgemäßen Prüfung unterziehen. Sie haben zu dieser Unter-

suchung auch die Erlaubniß der Schulbehörde, des Schorlachats, erhalten, und wenn er recht unterrichtet sei, solle der Herr morgen hier kommen, um die Untersuchung vorzunehmen. Es bestehe dann, glaube er, die Absicht, dem Staat von privater Seite eine Beihülfe anzubieten, um diesem Uebelstände entgegen zu wirken. Ob es freilich des Staates würdig sei, daß er das einzige Gymnasium, welches er habe, in einen solchen Zustand gerathen lasse, daß Privatleute Geld hergeben, um den Kindern dort einen erträglichen Aufenthalt zu verschaffen, das wisse er nicht und das könne untersucht werden, wenn der Antrag komme. Er möchte nur das von Herrn Tideman Bemerkte unterstützen, daß die Verhältnisse so schlecht seien, daß sie einer gründlichen Abhülfe bedürften.

Herr Gruner: Er habe nichts gegen den Antrag des Herrn Tideman einzuwenden. Es liege seit kurzer Zeit ein ausführlicher Bericht des Gesundheitsraths bei der Schuldeputation, und er glaube, es stehe nichts im Wege, daß dieser Bericht der Bürgerschaft in extenso mitgetheilt werde. Derselbe äñtere sich ganz anders. Die Regel sei es nicht, wie Herr Papendieck den Zustand geschildert habe, und das werde von verschiedenen Herren Lehrern, unseren Kollegen in der Bürgerschaft, bestätigt werden, sondern es sei nur eine Ausnahme. Es sei nur in einzelnen Klassen und an einzelnen Tagen der Fall, daß soviel Ruß aus den Röhren komme, daß die Watte schwarz werde. Es befinde sich in jeder Klasse eine Lüftungsvorrichtung, welche aber leider nicht genügend benutzt werde; die Schuld liege also nicht so sehr an der Heizung, als an den Lehrern. Er habe, wie gesagt, nichts gegen den Antrag des Herrn Tideman einzuwenden, daß die Schuldeputation sich ausführlich darüber äußere; sie habe niemals unterlassen, für die Schule und die Kinder das Erforderliche zu thun. Wenn Herr Papendieck sage, daß das nicht der Fall, so sei er nicht unterrichtet. Die Schuldeputation wisse, was ihre Pflicht sei, sie habe nie versäumt, das Nothwendige zu befürworten. Wenn im letzten Herbst an einzelnen Tagen durch die Heizung ein mißlicher Zustand hervorgerufen worden, so dürfe das nicht als Regel bezeichnet werden. Im Uebrigen wisse er persönlich von der Prüfung des Herrn Professor Fischer nichts.

Herr Strube: Die Klagen über die schlechte Luft im Gymnasium zeigen sich seit Jahren, und er wisse nicht, wie Herr Gruner nichts davon gehört haben könne. Er könne nur in allen Theilen bestätigen, was Herr Papendieck gesagt habe. Es sei unerhört, daß die Behörde nicht einschreite. Die Behörde und der Gesundheitsrath wissen bescheid, es geschehe aber nichts, oder es werde nicht mit der nöthigen Energie eingegriffen, um unsere Kinder vor Elend und Krankheit zu beschützen.

Herr Henze: Er wolle nicht bestreiten, daß die Luft in der Hauptschule schlecht sei, könne aber nicht umhin, sein Bedauern auszusprechen, daß über ein solches neues, großartiges Gebäude die schlimmsten Klagen kommen betreffs einer Einrichtung, wo man bei der Erbauung hätte aufpassen sollen. Er könne die Versicherung geben, daß man in kleinstädtischen Kreisen dieselben Klagen darüber höre, daß in den Schulen

die Luft schlecht sei, und er glaube, daß diese stellenweise auch berechtigt seien. Er möchte den Wunsch aussprechen, auch auf diese Schulen das Augenmerk zu richten. Die Herren in der Bürgerschaft haben hier leicht Gelegenheit, ihre Klagen über die Hauptschule vorzutragen; mögen sie die anderen Schulen auch einmal berücksichtigen. Er glaube, etwas liege der mangelhafte Gesundheitszustand der Kinder auch daran, daß dieselben mit Arbeiten überhäuft werden.

Herr Papendieck: Daß Herr Gruner als Rechnungsführer der Schuldeputation von diesen Klagen nichts wisse, sei ihm geradezu räthselhaft. Er mache sich anheischig, morgen an der Börse von einem Vater der die Hauptschule besuchenden Kinder zum andern zu gehen, und er werde von jedem dieselbe Klage hören, daß die Luft unerträglich sei und daß die Schuldeputation geradezu wissentlich die Augen verschließen müsse, wenn sie das nicht sehe. Was die Heizung betreffe, so habe sich die Bürgerschaft schon oft damit beschäftigt. Die Hauptschule sei das Opfer der Centralheizungen, diese waren erst in Aufnahme gekommen, als sie in der Hauptschule eingerichtet wurde. Heute würde man sie ganz anders machen. Es sei dies eine schlecht funktionirende Heizung, welche nebenbei ganz verkehrt angelegt sei. Er sei kein Techniker, aber er glaube, jedenfalls funktionire sie schlecht. Es müsse etwas geschehen. Die Herren mögen nur Nachfrage halten bei ihren Hausärzten, und sie werden erfahren, daß die Kinder geschädigt werden, wenn es so bleibe.

Herr Wessels: Er wolle nur bemerken, daß diese Klagen seit längerer Zeit täglich in der Weser-Zeitung zu lesen waren, wenigstens stehe immer der Satz in den Annoncen: „Wann wird die Luft in der Hauptschule verbessert?“ Alle Centralheizungen haben ihre Uebelstände, man möge ein System nehmen, welches man wolle. Aber auch die Ofenheizung habe Uebelstände. Wenn dabei nicht aufgepaßt werde, habe man entweder unter Kälte oder zu großer Hitze zu leiden, und es bilde sich in letzterem Falle ebenfalls schlechte Luft. Die Klagen über die Heizung der Hauptschule seien in mancher Beziehung berechtigt, aber ob die Ursache des schlechten Funktionirens an der Heizung selbst liege, oder an der schlechten Bedienung, der Art und Weise, wie die Lehrer bei der Behandlung derselben verfahren, das zu untersuchen, würde die Aufgabe der Schuldeputation sein. Er möchte nur bemerken, daß Herr Professor Bulle ihm vor einigen Tagen gesagt habe, er hätte über die Heizung keine Klagen zu führen.

Herr Ordemann: Nachdem die Debatte über diesen Antrag so weit vorgeschritten, möchte er empfehlen, den Antrag sofort zu erledigen.

Herr Gruner: Er habe nicht gesagt oder sagen wollen, daß die Schuldeputation oder Redner diese Klagen nicht kannte, er habe nur gesagt, ihm sei von einem Gutachten des Professor Fischer nichts bekannt. Daß die Klagen existieren, wisse die Schuldeputation sehr wohl, sie habe sich auch verschiedentlich bemüht, Abhülfe zu schaffen, aber noch nicht den rechten Weg gefunden. Herr Wessels habe Recht, die Heizung ar-

beite stellenweise recht gut, wenn die Herren Lehrer sich nur die Mühe gäben, sie ordentlich zu behandeln. Diejenigen Herren von der Hauptschule, welche gegenwärtig, würden bestätigen können, daß in den Klassen, wo man es recht mache, die Luft gut sei, in anderen, wo dies nicht geschehe, man schlechte Luft habe.

Herr Lonke: Auf die Frage, wie die Luft der Hauptschule sei, könne man weder antworten: sie ist schlecht, aber noch viel weniger, sie ist gut; sie sei sehr verschieden, weil ihre Beschaffenheit durch äußere Umstände, namentlich Witterungsverhältnisse bedingt werde. Darum sei es auch nicht gerechtfertigt, zu behaupten, es würde besser sein, wenn die Herren Lehrer sich nur Mühe gäben und die Heizung ordentlich behandelten. Er, und nicht minder seine Kollegen, thäten in dieser Hinsicht ihre volle Schuldigkeit, aber es liege außer ihrer Macht, die Luft, welche vom Schulhof durch die Heizungskanäle den Klassen zugeführt werde, zu ändern. Zu gewissen Zeiten sei diese Luft sehr schlecht, namentlich an solchen Tagen, wo der Rauch aus den gewaltigen Schornsteinen der Hauptschule und des Postgebäudes vom Winde niedergedrückt und direkt in die Zuführungswege getrieben werde, was bei der niedrigen Lage der Gebäude und der hohen Umgebung öfterer der Fall sei. An solchen Tagen sei die Luft in den Klassen und Korridoren sehr schlecht und durch kein Mittel zu bessern. Ein Oeffnen der Fenster würde das Uebel verschlimmern, und ein Schließen der Heizungsklappen sei ebenfalls unthunlich. Nach seiner Meinung liege die Ursache in der Anlage, und eine Besserung würde nur eintreten, wenn eine neue Heizung angelegt werde.

Herr Tideman: Er theile die Ansicht der Herren Gruner und Papendieck, daß der Uebelstand in der fehlerhaften Anlage seinen Grund habe. Es komme manchmal ein heißer Luftstrom hinein und während ein Theil der Klassen vielleicht eine mäßige Wärme habe, zeige ein anderer möglicherweise 20 Grad. Das sei schädlich. Er glaube, der Uebelstand sei groß genug, um die Sache an die Deputation zu verweisen. Die Abhülfe würde aber mit großen Kosten verknüpft sein.

Herr Stichnath: Er wolle nur konstatiren, daß, wie alle wissen, gerade die Hauptschule die erste Centralheizungsanlage erhalten habe, und daß die Centralheizungen, welche in neuerer Zeit in den Schulen errichtet worden, von Zeit zu Zeit verbessert worden seien. Seine Ansicht gehe dahin, daß die Klagen, welche seit längeren Jahren über die Heizung der Hauptschule geführt werden, sehr gerechtfertigt seien, und es kein anderes Mittel gebe, als die Heizung entweder durchaus zu verbessern, oder sie zu erneuern.

Der Antrag des Herrn Tideman wurde angenommen.

Pos. 2:

Realschulen.

Herr Below: Das umgekehrte Verhältniß wie bei der Hauptschule sei bei den Realschulen eingetreten, wo eine Vermehrung eingetreten sei, sodas die beiden untersten Klassen

überfüllt seien und daß außerdem für etwa 19 Schüler nicht geforgt sei. Man habe sich in der Schuldeputation bemüht, einen Raum für eine Klasse zu finden und zwar in der Schule am Doventhor, die bisher noch nie ganz gefüllt gewesen, nun aber in den unteren Klassen beinahe überfüllt sei, sodaß nothwendig für Klassen und einen Lehrer geforgt werden müsse. Er sei deshalb von der Schuldeputation beauftragt, zu beantragen,

für einen Hilfslehrer 2 200 *M.* mehr einzusetzen.

Damit würde sich die Summe für die Realschulen von 148 500 *M.* auf 150 700 *M.* erhöhen. Die Einrichtungskosten für diese Klasse werde man wohl aus dem Fonds bestreiten können. Er bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag des Herrn Below wurde angenommen.

Pos. 5:

#### Volksschulen.

Herr Tebelmann: In dem Spezialbudget Nr. 60 sei am Schluß unter C, Gemeinsame Ausgaben, 5) Hilfsklassen für schwachbegabte Kinder, ein Posten von 3000 *M.* eingestellt. Bekanntlich schweben darüber noch Verhandlungen und deshalb könne dieser Posten nur unter Vorbehalt eingestellt werden.

Die Bürgerschaft erklärte sich damit einverstanden, daß dieser Vorbehalt ausgesprochen werde.

Herr J. Meier: Er möchte sich die Frage erlauben, wie weit es mit der Ausführung des Beschlusses wegen Einführung des Turnunterrichts in den Freischulen sei.

Herr Präsident: Im Budget seien unter außerordentliche Ausgaben für Turnhallen an der Schmidtstraße und am Buntenthorssteinweg 21 000 *M.* und 18 000 *M.* eingestellt und außerdem sei im Budget der Schuldeputation auf Seite 37 eine ausführliche Bemerkung darüber gemacht.

#### VI. Bauwesen.

Pos. 2:

#### Hochbau.

Hierzu hatte die Budgetkommission verschiedene Anträge gestellt.

Herr Senator Dr. Gildemeister: Im Uebrigen gebe er der Beschlußfassung der Bürgerschaft die Anträge der Budgetkommission anheim. Nur eine Position sei er beauftragt, dem Wohlwollen der Bürgerschaft zu empfehlen, das sei diejenige Arbeit, welche als Renovirung des Handelsgerichtsaales mit 1600 *M.* eingestellt sei. Der Senat ersuche die Bürgerschaft, diese 1600 *M.* bewilligen zu wollen und mache darauf aufmerksam, daß dieser sogenannte Handelsgerichtsaaal, früher unter dem Namen Obergerichtszimmer bekannt, zu den wenigen sehr engen Lokalen gehöre, auf die der Senat, abgesehen von seinem eigentlichen Sitzungssaal, rekurriren könne, wenn irgend ein Bedürfnis eintrete, wenn man mit irgend einem fremden Herrn zu sprechen habe, oder wenn der Senat in der Schnelligkeit eine Kommission aus

seiner Mitte abordnen wolle. Wenn das Handelsgericht nicht gerade darin sitze, werde dann immer auf dies Zimmer rekurriert, und dasselbe befinde sich in einem desolaten Zustande. Darüber würde sich der Senat trösten, wenn das Zimmer immer nur von ihm allein benutzt würde, denn er sei ja nicht an große Pracht gewöhnt, (Heiterkeit) aber er habe auch in seltenen, aber doch alle Jahre wiederkehrenden Fällen, wo er den Reichsbehörden und den höheren preussischen Beamten gegenüber die Gastfreierheit der Stadt wahrzunehmen habe, z. B. am Geburtstage des Kaisers, nachdem die alte Börse abgebrannt, neben seinem Sitzungszimmer nur noch dies eine Lokal zur Verfügung, und es sei wirklich ein trauriger Anblick gewesen, bei der letzten Feier zu sehen, wie der Kämmerer des Senats sich bemüht habe, die Schäden der Wand durch allerlei Zierpflanzen, Flaggen u. zu verdecken, was ihnen einen etwas schützensfestartigen Charakter gegeben habe. Mit der Restauration der Rathhaushalle stehe ja dies Zimmer gar nicht unmittelbar in Verbindung, und er glaube, ohne daß man dieser letzteren patriotischen Unternehmung irgendwie vorgreife, könne man sehr wohl die 1600 *M.* bewilligen, um das Obergerichtszimmer wenigstens in einen einigermaßen auch nach außen hin präsentablen Zustand zu versetzen.

Herr Kupsch: Er habe auch die Renovirung dieses Gerichtssaales empfehlen wollen, da sie mit der Restauration des Rathhauses nicht in Verbindung steht.

Herr Volkman erklärte namens seiner Kollegen der Budgetkommission nach Rücksprache mit denselben, daß die Budgetkommission diesen Antrag zurückziehe.

Der Posten wurde bewilligt.

Titel 4:

#### Feuerwachen.

Herr Lahmann: Die Böschdeputation verzichte für dies Jahr auf die 3 600 *M.*

Titel 8:

#### Gewerbemuseum.

Herr Kupsch: In Betreff des Anstrichs des Treppenhauses im Gewerbemuseum bemerke er, daß man denselben freilich billiger herstellen könne, glaube aber, daß man das Gewerbemuseum in Betreff der äußeren Ausstattung mit einem anderen Maßstabe messen müsse, als die übrigen Staatsgebäude. Da es bestimmt sei, den Geschmack zu heben und den Schönheits Sinn zu bilden, so gezieme sich darum wohl auch eine dem entsprechende Ausstattung des Gebäudes sowohl in Bezug auf die innere, wie die äußere Dekoration, und möchte er sagen, daß man gerade bei solchen Gebäuden, wie das Gewerbe-Museum, eher etwas Luxus treiben könnte, als sich auf das Nothwendigste beschränken. Von diesem Prinzip gehen auch andere Städte aus, in denen sich solche Museen befinden. Er mache noch darauf aufmerksam, daß die Vorhalle schon eine Dekoration erhalten habe, und diese Wand gewissermaßen nur beendet werden solle. Die Vor-

Halle stehe mit dem Treppenhaus unmittelbar in Verbindung, gehöre gewissermaßen zum Treppenhaus, also sei es doch wohl angemessen, daß auch das Treppenhaus in derselben Weise decorirt werde. Er bitte, den ursprünglichen Betrag im Budget stehen zu lassen.

Herr Philipp Meyer: Gerade dieser Gesichtspunkt, daß bei einem Gebäude wie dem Gewerbemuseum gewissermaßen der Luxus nicht ganz unterdrückt werden und man sich nicht auf das Nothwendigste beschränken könne, habe die Budgetkommission veranlaßt, der Bürgerschaft zu empfehlen, nicht die ganze Summe zu streichen. Sie glaube aber, daß es nicht nothwendig sei, die luxuriöse Ausmalung des Portals durch das ganze Gebäude bis in das zweite Stockwerk auszuführen. Er könne dies auch garnicht so schön finden und meine, daß man für 1000 M. dem Vestibül ein ganz ansprechendes Aeußere geben könne. Viele Staatsgebäude, er möchte sagen, fast alle haben ein schlechteres Aussehen wie dieses.

Herr Bergfeld: Er möchte die Bürgerschaft bitten, für dieses Lieblingskind des bremischen Gewerbestandes auch heute das alte Wohlwollen walten zu lassen. Es seien in dieser Summe enthalten 400 M. für Ausbesserungen, Anstrich und Bemalung der Räume; werden diese von den 1000 M. abgezogen, so bleiben 600 M., wovon ca. 250 M. für Aufstellung eines Gerüstes an Zimmerarbeiten erforderlich seien; es bleiben also nur 350 M. für Malerei. Wenn er nun nicht die Absicht habe, das ganze Treppenhaus so zu wünschen, wie das Vestibül, wenn er nur den Wunsch hege, daß einigermaßen die Harmonie der Farben hergestellt werde, unten und oben, so sei das jedenfalls ein bescheidener Wunsch. Man könne von Herrn Meyer nicht verlangen, daß er nach dieser Richtung hin besondere Sachkenntniß habe. Die Bürgerschaft sollte sich, wie gesagt, auch diesmal von ihrem bisherigen Wohlwollen für das Gewerbemuseum leiten lassen, umsomehr, als wir im nächsten Jahr die große nordwestdeutsche Ausstellung in Bremen haben werden, die hoffentlich recht viele Fremde nach Bremen ziehen werde, die wir von der Leistungsfähigkeit des bremischen Gewerbes überzeugen werden. Wenn wir nun nach dem Wunsche des Herrn Meyer das Treppenhaus oben einfach mit einem Strich begrenzen wollten, so würde das keinen guten Eindruck auf die Fremden machen und wir würden uns ein Armutsszeugniß ausstellen. Es solle kein Luxus getrieben, sondern nur eine gewisse Harmonie hergestellt werden.

Herr Tebelmann: Die Einstellung derartiger Posten beruhe auf ganz genauen Voranschlägen. Es sei nun etwas Anderes, wenn z. B. ein Neubau aufgeführt werden solle, und die Bürgerschaft sage dann, dies oder jenes solle einfacher und weniger kostspielig hergestellt werden, als wenn sie wie in diesem Falle sagen wollte, statt 1000 M., welche erforderlich wären, um dies Gebäude in einer würdigen, entsprechenden Weise herzustellen, sollten nur 750 oder 500 M. bewilligt werden. Entweder müsse die Bürgerschaft den ganzen Posten bewilligen oder ihn ganz streichen. Aus den

von Herrn Bergfeld angeführten Gründen möchte er empfehlen, den beantragten Posten zu bewilligen.

Der Budgetposten wurde genehmigt.

#### 10. Gebäude in Begefac.

(Antrag der Budgetkommission.)

Herr Knigge: Er möchte bitten, diesen Betrag nicht abzusetzen. Der Flurbelag sei in einem so miserablen Zustande, daß man gewärtigen müsse, daß einmal Jemand von den vielen in diesem Hause verkehrenden Leuten falle. Der Eigenthümer sei verpflichtet, das Haus unter Dach und Fach und in gutem Zustande zu erhalten.

Herr Huchting: Er sei in der Budgetkommission nicht anwesend gewesen, als beschlossen wurde, von der Deputation für die öffentlichen Grundstücke einen Bericht einzufordern, ob das Hafenhäus zu Begefac zu verkaufen sei. Bei der Korrektur der Unterweiser haben wir an Oldenburg und Preußen Geld bewilligt für Anlagen zur Verbesserung ihrer Häfen, und er hoffe, daß die Korrektur auch das Versprechen halten werde, daß der Begefacker Hafen nicht verlassen, sondern Zugang für größere Schiffe erhalten werde. Aus diesem Grunde glaube er, daß auch das Hafenhäus später nothwendig sein werde. Er möchte bitten, diesen Antrag der Budgetkommission abzulehnen.

Herr Ph. Meyer: Das Hafenhäus koste in diesem Jahre 980 M. an Reparaturen und bringe dem Staate 1100 M. Miethe; rechne man die Grundsteuer dazu, so bringe das Haus dem Staat thatsächlich nichts ein. Die Budgetkommission war der Ansicht, daß wenn der Flurbelag so reparaturbedürftig sei, dann der Miether ihn wenigstens in Ordnung halten könne. Sie habe nicht beantragt, das Haus zu verkaufen, sondern wünsche nur einen Bericht. Vielleicht habe diese Anregung die Folge, daß in Zukunft eine höhere Miethe erzielt werde.

Herr Wessels: Er könne bestätigen, daß der Flurbelag im Hafenhäus ganz miserabel sei, so daß, wenn man Abends in das Haus komme, man Gefahr laufe zu stürzen. Daß das Haus sehr viele Reparaturen erfordere, liege im Wesentlichen daran, daß nicht zu rechter Zeit das Richtige geschehen sei; hätte man zu rechter Zeit für eine ordentliche Instandhaltung gesorgt, so würde es jetzt nicht so aussehen. Der jetzige Miether wende allerlei auf, er habe eine Reihe neuer Dekorationen machen lassen. Von einem Verkaufe des Hafenhäuses könne niemals die Rede sein, so lange Begefac überhaupt einen Hafen habe. Wenn man im Budget nachsehe, so finde man, daß im vorigen Jahre der Hafen schon diese Summe aufgebracht habe. Durch die Weserkorrektur werde der Verkehr noch zunehmen. Er möchte den Wunsch aussprechen, daß wir für diesen einzigen bremischen Hafen zwischen Bremerhaven und Bremen etwas mehr thun. Er möchte der Deputation anheingeben, für nächstes Jahr einen Posten für bessere Instandsetzung des Hafens ins Budget einzustellen.

Herr Tebelmann: Bis vor wenigen Jahren war das Hafenhause in Vegeack in einem sehr schlechten Zustande, es brachte nur wenig Miethe, jährlich nur 500 M. Dann habe der jetzige Pächter Köhl — es sei noch unter Redners Rechnungsführung für den Hochbau gewesen — sehr erhebliche Summen aufgewendet, um das Gebäude in den Zustand zu setzen, in welchem es sich jetzt befinde. Derselbe habe unter Anderem sämtliche Dekorationen aus seiner eigenen Tasche bezahlt. Der Verkehr im Hafenhause zu Vegeack sei jetzt ein ganz anderer geworden; während früher nur dann und wann Sonntags einige Herren dort verkehrten, sei jetzt eine starke Frequenz. An den Verkauf des Hauses werde nicht zu denken sein. Der Staat würde wenigstens sehr verkehrt handeln, wenn er ein solches Haus am Eingange des Hafens verkaufte. Die vorgeschlagene Ausbesserung des Flurbelags müsse der Eigenthümer tragen, nicht der Miether. Er bitte, den Posten zu bewilligen und eine Berichterstattung über den Verkauf abzulehnen.

Herr Knigge: Er habe dasselbe sagen wollen. Die früheren Wirthe hätten das Haus ganz vernachlässigt, der jetzige habe es wieder in einen anständigen Zustand gebracht.

Der Posten wurde bewilligt.

Titel 17:

#### Steuerlokale.

Herr J. Meier: Er müsse seine Verwunderung darüber aussprechen, daß man bei dem Erheberhause bei den drei Pfählen nicht von vornherein an den Keller gedacht habe.

Titel 20:

#### Vermiethete Gebäude.

Herr Kupsch: In Betreff des Giebels des Kornhauses bemerke er, daß die geforderte Summe hauptsächlich für bauliche Unterhaltung berechnet sei. Der Giebel werde wahrscheinlich bedeutenden Reparaturen unterworfen werden müssen. Je länger dieselben hinausgeschoben werden, desto kostspieliger würden sie werden. Die Bauinspektion sei zu der Ansicht gekommen, daß in diesem Jahre diese Reparaturen nothwendig werden, bei Restaurirung der Fassade am Gewerbehause. Beide Gebäude seien ziemlich zugleich und im gleichen Stile gebaut. An der Fassade waren viele Sandsteinarbeiten so schlecht, daß sie durch neue ersetzt werden mußten, wenn sie für die Passanten nicht gefahrbringend sein sollten, und dasselbe werde höchstwahrscheinlich auch beim Kornhause der Fall sein, und sei es daher im Interesse des Verkehrs schon nothwendig, die Fassade einer genauen Untersuchung zu unterziehen, vielleicht werde dann auch eine Erneuerung des Gesimses, der Sandsteinspitzen auf dem Giebel und vieler anderer Architekturtheile nothwendig werden. Die Bau-deputation könne keine Verantwortlichkeit übernehmen; wenn die Bürgerschaft es in dem jetzigen Zustande belassen wolle, möge sie es thun, auf die gewöhnliche bauliche Unterhaltung können diese Reparaturen nicht genommen werden, sie wären zu kostspielig. Er möchte daher, wenn auch nur

im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Bürgerschaft bitten, diesen Posten einzustellen.

Herr J. Meier: Es sei ihm zur Kunde gekommen, daß der frühere Einnehmer am Erheberhause in Woltmershausen und auch seine nächsten Verwandten einen sehr ansehnlichen Miethepreis für dies Gebäude geboten hatten. Er halte es daher für verkehrt, daß es an einen anderen vermietet sei, der kaum die Hälfte bezahle.

Herr Henze: Er möchte in Betreff des Theaters ein paar Worte mittheilen. Er finde es sehr schön, wenn es in einem Theater recht hübsch und freundlich aussehe und würde es auch für ganz schön halten, wenn auch ein hübscher Vorhang da wäre. Aber was nütze ein hübsches Theater, wenn Vorstellungen darin aufgeführt werden, wie er in der letzten Woche bei Aufführung der „Hugenotten“ erlebt habe, wo der vierte Akt zu Ende sei und mancher im Publikum sich auf den fünften freue, weil darin einige sehr hübsche Gesangsstücke vorkommen und es laufen ein paar Personen über die Bühne, es kommen drei Personen, andere als die wirklichen Hauptpersonen, und es werde „Feuer“ kommandirt und todtgeschossen und der Vorhang falle. Derartiges habe er früher wohl bei wandernden Gesellschaften gesehen. Er habe zufällig von Herrn Hentschel gehört, die Ternina wäre unwohl geworden. Ob das wahr sei, wisse er nicht. Er möchte öffentlich den Wunsch aussprechen, daß dem Publikum so etwas nicht geboten werde, denn es sei einer Stadt wie Bremen nicht würdig.

Herr Ph. Ed. Meyer: Er verstehe nicht, wenn Herr Kupsch mit großer Emphase erkläre, wenn die Bürgerschaft das Risiko übernehmen wolle, möge sie es thun. Die Baudirektion schreibe im Bericht: „Die in den letzten Jahren vorgenommenen Untersuchungen und entdeckten Schäden an den Giebeln des Rathhauses und des Gewerbehauses lassen eine Untersuchung und Reparatur der Giebel des Kornhauses und der Stadtwage erforderlich erscheinen.“ Wenn die Baudirektion nun vorher die Untersuchung hätte vornehmen lassen und gesagt hätte, es müsse reparirt werden, so hätte das Grund, aber nicht, wenn man sage: weil das eine Gebäude schlecht ist, muß das andere auch schlecht sein und auch reparirt werden. Dieser Mangel an Zusammenhang sei es in erster Linie gewesen, der die Budgetkommission zu ihrem Antrage veranlaßt habe, dann habe sie sich mit dem Rechnungsführer in Verbindung gesetzt, der weder von dieser Position, noch von der nächsten Position, der Stadtwage, irgend etwas wußte. Er wisse nun nicht, wie die Budgetkommission sich anders benehmen solle, als sich mit dem Rechnungsführer in Verbindung setzen, und wenn die Bau-deputation so großen Werth darauf lege, daß es gemacht werde, wäre es in erster Linie ihre Pflicht gewesen, den Rechnungsführer davon in Kenntniß zu setzen. Herr Knigge, als Rechnungsführer, wußte von beiden Posten nichts. (Ruf: Es ist ja die Baudeputation!)

Herr Lonke: Im Großen und Ganzen könne er sich den Ausführungen des Herrn Meyer nur anschließen. Aus

dem Bericht der Kommission sei nicht zu entnehmen, daß der Giebel derart gefährlich sei, wie Herr Kupsch geschildert habe, und wenn in dem Special-Budget für Untersuchung des Giebels ein Posten gefordert wäre, würde die Budgetkommission ihn kaum gestrichen haben. Es werde aber für Reparatur des Giebels gefordert. Der Giebel sei so schön, daß gewiß kein Mitglied der Budgetkommission und der Bürgerschaft wünschen möchte, ihn nicht erhalten zu sehen. Er sei aber der Meinung, wenn es richtig sei, wie Herr Kupsch in Aussicht stelle, daß ganz bedeutende Reparaturen daran vorgenommen werden müssen, die vielleicht auf Tausende kommen, so wäre es viel vernünftiger und richtiger, um die Straße hier zu verbreitern, das Haus vorn abzuschneiden, den Giebel sorgsam abzubrechen, um denselben dann wieder herzurichten. Die Straße sei an der Stelle nicht breiter, als wie beim andern Eckhause am Fangthurm. (Widerspruch) Wir haben den Plan s. Bt. hier gehabt, bei Hagemeyers Haus sprünge das Kornhaus sehr merklich in die Straße. Er sei also der Meinung, wenn eine große Reparatur nothwendig sei, so möge die Deputation darüber berichten.

Herr Helmen: Die Budgetkommission habe sich auch ja von der Nothwendigkeit eines neuen Vorhanges überzeugt und den Posten dafür nicht gestrichen, aber die Bemerkung dabei gemacht, daß vor Ausführung der Arbeit eine Skizze hier vorgelegt werden solle. Nun sei es damit eine Geschmacksache. Im vorigen Jahre seien schon zwei Skizzen eingeleistet, die aber in der Budgetkommission nicht Gnade fanden, da daran Verschiedenes auszusetzen war, später seien nochmals zwei Skizzen eingeschickt, die aber nicht mehr hierher kommen konnten, aber vom Vorsitzenden der Deputation dem Senat gezeigt seien. Auch diese gefallen wieder nicht. Dem einen seien die Skizzen zu schön, dem andern zu einfach und er glaube, daß über diese Geschmacksfrage die Bürgerschaft kaum entscheiden könne. Er möchte anheim geben, diesen Zusatz zu streichen und der Baudeputation in Gemeinschaft mit der Verwaltungsdeputation zu überlassen, das Nöthige unter Zustimmung des Senats zu besorgen. Die Bürgerschaft könne doch nicht als Preisrichter dastehen. Er habe nichts dagegen, wenn der Zusatz bleibe, aber es sei wirklich nicht richtig, der Vorhang solle doch in Einklang mit den Dekorationen des Zuschauerraums stehen, und er glaube nicht, daß die Bürgerschaft in dieser Sache das Richtige treffen könne.

Herr Tebelmann: Wenn derartige Bedenken existiren, wie die Baudeputation sie in ihrem Berichte in Bezug

auf das Kornhaus geltend gemacht habe, erfülle sie lediglich ihre Pflicht, wenn sie darauf aufmerksam mache. Es handle sich nicht, wie Herr Lonke meine, um Abbruch des Giebels. Er würde es sehr bedauern, wenn der Giebel des alten Kornhauses mal beseitigt werden sollte. Es sei ein alter historischer Giebel, den er gerne erhalten sehen möchte. Es handle sich hier um Verwitterung der Sandsteine, und wir alle wissen, daß nicht nur vom Gewerbehause sondern auch vom Rathhause Sandsteinstücke herunter gefallen seien und die Passanten gefährdet haben. Dasselbe könne beim Kornhause passieren und wenn ein Unfall stattfinden sollte, falle es dem Staat zur Last, und deshalb finde er es durchaus gerechtfertigt, wenn die Baudeputation auf derartige Schäden aufmerksam mache. Das ehemalige Erheberhaus an der Voltmershäuser Chaussee sei an den Konsumtionsbeamten Gerlach, der kürzlich verstorben sei, vermietet. Derselbe starb, ehe er die Pacht angetreten hatte und die Wittwe Gerlach sei bei ihm gewesen und habe um Rücktritt von diesem Pachtvertrag gebeten, der dann von der Baudeputation genehmigt sei. Es sei also auf Ansuchen der Wittwe selbst geschehen, und das Haus sei zu demselben Pachtbetrage oder zu einem höheren jetzt an einen anderen Steuerbeamten, der den Dienst am Weserbahnhof habe, verpachtet. Herr Meier habe also wieder eine völlig haltlose Klage vorgebracht. Er möchte Herrn Meier bitten, sich doch genauer zu informiren, besonders bei den Behörden.

Es wurde Schluß beliebt.

Herr Kupsch: Er möchte nochmals bemerken, daß die Kosten hauptsächlich für bauliche Unterhaltung berechnet seien. Die Budgetkommission sei jedenfalls ebenso sachverständig wie die Bauinspektion. Herr Meyer scheine aber vergessen zu haben, daß bei Ausbesserung des Giebels auch die Aufstellung eines Gerüstes erforderlich sei, und daß man nicht ein so leichtes Gerüst hinstellen könne, als wenn es sich um eine kleine Reparatur handele. Das koste auch ziemlich viel Geld. Es handele sich nur um 580 M., und dafür solle auch der Anstrich der Fenster u. beschaft werden. Er bitte, den Posten zu bewilligen.

Der Posten für das Kornhaus wurde genehmigt, ferner auch die übrigen Titel dieses Budgets bewilligt.

Im Uebrigen wurden die Positionen des Budgets bis hierhin nach den Anträgen der Budgetkommission genehmigt resp. gestrichen.

Schluß der Sitzung 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

